



PRESSEMITTEILUNG

Unvollendete Demokratie: Landesnetzwerk fordert fünf konkrete Schritte gegen Antiziganismus

Nach der Fachveranstaltung im Landtag NRW fordert das Landesnetzwerk verfassungsrechtlichen Schutz, gesicherte Meldestrukturen, institutionelle Förderung, verbindliche politische Beteiligung und eine Landesbeauftragte oder einen Landesbeauftragten gegen Antiziganismus.

Düsseldorf, 26. September 2026



Das Landesnetzwerk der Sinti und Roma gegen Antiziganismus in NRW e. V. fordert Landesregierung und Landtag auf, den Schutz vor Antiziganismus und die politische Mitwirkung von Sinti und Roma dauerhaft zu verankern. Im Anschluss an die Fachveranstaltung „Unvollendete Demokratie – Antiziganismus bekämpfen, Teilhabe in NRW stärken“ legte das Netzwerk dazu einen Fünf-Punkte-Katalog vor.

Die Veranstaltung fand am 25. September 2026 im Landtag Nordrhein-Westfalen statt. Ausgerichtet wurde sie vom Roma Integration Zentrum e. V. und dem Landesnetzwerk in Kooperation mit der Landtagsabgeordneten Gönül Eğlence. Fachleute aus Selbstorganisationen, Politik, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft berieten darüber, wie Diskriminierung im Bildungssystem wirksamer bekämpft und politische Mitgestaltung gestärkt werden kann.

Ministerin Verena Schäffer richtete ein Grußwort an die Gäste. Mustafa Jakupov, stellvertretender Geschäftsführer von MIA-Bund, gab einen Fachimpuls zu Antiziganismus im deutschen Bildungssystem. An der anschließenden Podiumsdiskussion beteiligten sich MIA-Bundesgeschäftsführer Dr. Guillermo Ruiz

Torres, Ismeta Stojkovic und Dr. Tagrid Yousef. Die Moderation übernahm Gönül Eğlence.

„Nicht nur über uns sprechen, sondern mit uns gemeinsam gestalten“ – das muss der Maßstab politischer Beteiligung sein. ‚Unvollendete Demokratie‘ ist keine Anklage gegen Einzelne, sondern ein gemeinsamer Auftrag an uns alle. Demokratie wird stärker, wenn jede Stimme nicht nur gehört wird, sondern auch etwas verändern kann“, erklärte **Enoh Ibishi, Vorsitzender des Landesnetzwerks**.

Das Landesnetzwerk fordert:

1. den Schutz und die Anerkennung der deutschen Sinti und Roma ausdrücklich in der Landesverfassung Nordrhein-Westfalens zu verankern;
2. die Dokumentations- und Informationsstelle für Antiziganismus/Antiromaismus – DINA NRW langfristig abzusichern und durch gut erreichbare Beratungsangebote für Betroffene zu ergänzen;
3. dem Landesnetzwerk eine verlässliche institutionelle Förderung für seine landesweite Interessenvertretung zu gewähren;
4. Selbstorganisationen frühzeitig und auf Augenhöhe in politische Entscheidungen einzubeziehen, die Sinti und Roma betreffen;
5. eine Landesbeauftragte oder einen Landesbeauftragten gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Nordrhein-Westfalen einzusetzen.

Die im Landtag geführte Debatte muss nun in konkrete und überprüfbare politische Maßnahmen münden. Eine lebendige Demokratie zeigt sich nicht allein darin, dass Minderheiten gehört werden, sondern darin, dass sie Entscheidungen wirksam mitgestalten können.

Das Projekt und die Fachveranstaltung wurden durch Engagement Global aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Pressekontakt

Enoh Ibishi
Vorsitzender

Landesnetzwerk der Sinti und Roma gegen Antiziganismus in NRW e. V.

E-Mail: info@romaintegrationzentrum.de

Mitgliedschaften des Roma Integration Zentrums e. V.

Das Roma Integration Zentrum e. V. ist Mitglied im Bundesjugendverband Amaro Drom e. V. mit Sitz in Berlin sowie in der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

